



GÖTTINGER BLÄTTER

02.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► „goest“ ist Geschichte!

Danke an Günter Schäfer und seine unentgeltliche, kritische Arbeit im Rahmen des Online-Magazin Göttinger-Stadt-Info goest.de

Nachdem der letzte Versuch einer genossenschaftlich organisierten Wochenzeitung für Göttingen vor gut 20 Jahren gescheitert war, hat Günter Schäfer in Eigenregie, unentgeltlich als „Einzelkämpfer“ unter Einsatz eines großen Teils seiner Freizeit, eigener Technik und Finanzmittel das regionale Online-Magazin goest ins Leben gerufen und bis heute betrieben. Nun geht eine Ära zu Ende. Günter Schäfer und goest haben ihre Arbeit eingestellt.

20 Jahre lang war goest eine Alternative zur regionalen, kommerziellen Presse.

20 Jahre hat Günter Schäfer kritischen Stimmen Raum für die Ihnen wichtigen Meldungen gegeben, hat er im Rahmen eigener Kommentare kritisch Stellung be-

zogen zu Vorgängen in und um Göttingen herum. Ebenso hat er Themen einer, wenn auch nur begrenzten Göttinger Öffentlichkeit nähergebracht, die andere liebend gern „unter den Tisch“ fallen lassen hätten, und überparteilich aber nicht unpolitisch hat er sich der Belange geflohener Menschen, Arbeitnehmer*innen in den Göttinger Betrieben, Mieter*innen und Minderheiten angenommen. Aber auch sein regelmäßiger Veranstaltungskalender bot insbesondere kleinen Kulturinitiativen und sozialen Organisationen eine Plattform zur Veröffentlichung ihrer Termine.

Bleibt zu hoffen, dass möglichst bald jemand, besser noch eine kleine Gruppe in seine Fußstapfen tritt und seine Arbeit mit neuen, eigenen Akzenten weiterführt. Göttingen braucht ein solches Medium! Günter Schäfer gilt unser Dank und unsere Anerkennung für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement.

► Warum Herr Harms irrt

„Man müsse sich vorstellen, wie Grone in zehn oder 15 Jahren aussehe, wenn sich dort nichts ändere, schaltete sich Thomas Harms (Bündnis 90/Die Grünen) in die Diskussion ein. „Dann lebt dort eine Bevölkerung, die nicht verdient hat, in so einem Umfeld zu leben.“

So die Berichterstattung des GT v. 17. Januar über die Stellungnahme des Grünen-Politikers und Pastors Thomas Harms zur Ablehnung des Antrages der Göttinger Linke zur Prüfung einer Milieuschutzsatzung für Grone.

Aber entweder er irrt sich oder spielt mit falschen Karten: Wenn die sog. Modernisierungen der ADLER AG Realität werden, wird auf jeden Fall nicht mehr die Bevölkerung dort wohnen, die heute im Quartier lebt. Denn diese kann sich die zu erwartenden neuen Mieten, die – im unteren Bereich – bis zu 2 Euro/qm stei-

gen werden, einfach nicht mehr leisten können. Über wen spricht er also? Der „Hit“ dieser absurden Argumentation ist

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

„goest“ ist Geschichte	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Care Workers	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2019
ist der 15. Februar.
Auslieferung am 21. Februar.

denn auch, dass nichts, aber auch gar nichts in den jetzigen Wohnungen getan werden wird: Die zahlreichen Anliegen zur Sanierung maroder Heizungen, 30 – 40 Jahre alte Bäder, erneuerungsbedürftige Fußböden – das alles spielt keine Rolle bei den Plänen der ADLER AG.

Und: rd. 500 – 700 Wohnungen werden aus dem Segment „bezahlbarer Wohnraum“ herauskatapultiert – sie werden dann über 7 Euro/qm liegen. Und die rd. 200 neuen Wohnungen, die die ADLER AG bauen wird, werden sicher nicht unter 10 Euro/qm zu haben sein! (...)

(...) weiter auf Seite 12

Rotes Zentrum Februar / März:

8. Februar 2019, 19.00 Uhr Filmabend:

„Wo der Himmel aufgeht“. Esther Bejerano und Microphon Mafia in Kuba. Eine Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

1. März 2019, 19.00 Uhr Zum Internationalen Frauentag:

Minna Faßhauer – erste Ministerin Deutschlands, Vortrag mit Heide Janicki, BS. Eine Veranstaltung der DKP-Göttingen



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Ausstellungen / Veranstaltungshinweise

„Die Leningrader Blockade 1941 – 1944“

vom 8. Januar bis zum 12. Februar 2019

Ausstellung im Foyer der Zentralbibliothek der SUB Göttingen

Am 28. Januar 2019 findet dort zudem eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung Leningrads statt.

„Der rote Sonnabend. 1918 – Facetten & Folgen der Novemberrevolution in Göttingen“

vom 19. Januar bis zum 7. Juli 2019

Ausstellung im Städtischen Museum Göttingen,
Ritterplan 7–8

Öffnungszeiten: Di. – Fr. 10–17 Uhr,

Sa. und So. 11–17 Uhr

Eintritt: 4 EUR, ermäßigt 2 EUR,

mit Studierendenausweis kostenlos

Offene Sonntagsführungen:

27.01., 17.02., 10.03., 31.03., 28.04.,
19.05., 16.06., 07.07., jeweils 11:30 Uhr

„Lebensgeschichten tauber Senior*innen“

vom 15. Januar bis zum 28. Februar 2019

Ausstellung im Foyer des Kulturwissenschaftlichen Zentrums (KWZ) der Universität Göttingen

geöffnet montags bis samstags

Die lautsprachlich orientierte Mehrheit weiß bisher nur sehr wenig über die Gemeinschaft tauber Menschen, über ihre Kultur und Geschichte und über die Struktur, Variation und Veränderung ihrer Sprache, der Deutschen Gebärdensprache (DGS). Um dies zu ändern, haben Studierende der Universität Göttingen im Rahmen eines Projektseminars zunächst ausgewählte Interviews tauber Senior*innen aus sprachlicher, historischer und soziokultureller Perspektive ausgewertet. Die Ergebnisse wurden dann in einem zweiten

Schritt für diese Ausstellung aufbereitet, mit dem Ziel, sie einem breiten hörenden und tauben Publikum zugänglich zu machen. Das Seminar wurde durch das Programm ‚Forschungsorientiertes Lehren und Lernen (FoLL)‘ unterstützt.

In der Ausstellung wird zudem ein Überblick über die Geschichte der Gemeinschaft tauber Menschen in Deutschland von 1848 bis heute gegeben. Dabei wird auch die Verfolgung von tauben Menschen im Rahmen des NS-Eugenikgesetzes „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ thematisiert, in dessen Rahmen ca. 400.000 Menschen mit Behinderungen zwangssterilisiert wurden.

Vortrag:

- Der lange Weg der deutschen Frauen
„Auch wir wollen die Wahl
haben!“ zum politischen
Frauenstimmrecht

So. 24.02.2019, 15:00 Uhr

Städtisches Museum Göttingen,

Ritterplan 7–8

Vortrag von Dr. Frauke Geyken, freie Mitarbeiterin des Archivs der deutschen Frauenbewegung in Kassel, Historikerin und Publizistin

Kosten 2 EUR zuzüglich zum Eintritt. (Eintritt: 4 EUR, ermäßigt 2 EUR, mit Studierendenausweis kostenlos)

Musikalische Leitung: Carolin Hlusiak, Göttingen, und Daniel Kempin, Kantor im Egalitärer Minjan in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt/M

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Gedenkstättenführung mit Hans Helms:

„Von der Demokratie zur
Diktatur — Das Männer-KZ
Moringen“

Freitag, 1. Februar 2019, 15:00 Uhr

Treffpunkt: KZ-Gedenkstätte Moringen,

Lange Str. 58, Moringen

Anmeldung: Tel. 0 55 54 - 25 20,

info@gedenkstaette-moringen.de

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Am 11. April 1933 richteten die Nationalsozialisten in Moringen ein Konzentrationslager ein. Es gehörte zu den ersten Repressionsinstrumenten der sich etablierenden NS-Diktatur. Bei den Häftlingen handelte es sich um Männer aus der Arbeiterbewegung und der politischen Linken. Sie stammten aus dem norddeutschen Raum, viele auch aus der Region zwischen Leine und Harz. Im Juni 1933 traten Häftlinge in einen Hungerstreik. Damit wollten sie nicht nur gegen die Bedingungen der Haft demonstrieren, sondern auch auf die Gesetzlosigkeit der Haft selbst hinweisen und zugleich ein rechtsstaatliches Verfahren anmahnen.

„Zwei Leben. Auschwitz und danach.“

Donnerstag, 10. Januar 2019, 19 Uhr
Kino Lumière, Geismar Landstr. 19,
Göttingen

vom 23. Januar bis 31. März 2019

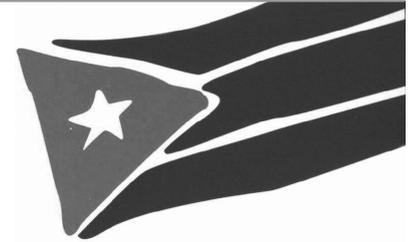
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin

Wie leben nach Auschwitz? Wie leben mit den Erinnerungen an die Ermordeten, ihre Stimmen und ihre Worte? Wie leben mit den Erinnerungen an die Mörder? Eva Fahidi, jüdisch-ungarische Auschwitz-Überlebende und Zofia Posmysz, polnische Überlebende von Auschwitz, berichten in unserer Ausstellung über ihr Leben danach, vor allem aber über ihre künstlerisch-kreative Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte. Eva Fahidi und Zofia Posmysz „ist das Größte gelungen, was der menschliche Geist zu erreichen vermag: die Verwandlung von Schrecken, Gewalt und Leiden in die unversiegbare Quelle positiver Energie.“ (Frank Harders-Wuthenow). Auszubildende der Volkswagen AG erzählen über ihre Begegnungen mit Überlebenden und ihr Engagement in der Gedenkstätte Auschwitz.

Eine Ausstellung des Internationalen Auschwitz Komitees in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Owi cim/Auschwitz anlässlich des 74. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und des Internationalen Holocaust-Gedenktages.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 12. Februar um 20.00 Uhr im Berliner Hof

Die OAS in der Rolle des amerikanischen Judas Ischariot

Es ist Zeit, dass die Völker der Region aufwachen und sich daranmachen, das zu demaskieren, was hinter dem Angriff gegen Venezuela und Nicaragua steckt / Autor: Elson Concepción Pérez | internet@granma.cu

Ich frage mich: Welchen Zweck hat die OAS? Lohnt es sich, ihr anzugehören? Warum machen wir keine gemeinsame lateinamerikanische und karibische Front und demaskieren sie samt ihrem aktuellen Generalsekretär Luis Almagro?

Das was heute gegen Venezuela und Nicaragua passiert, erinnert mich an das Jahr 1960. 12 Monate nach dem Sieg der Kubanischen Revolution ging dieselbe servil den Diktaten der USA unterworfenen OAS gegen Kuba vor.

Es war damals, beim VII. Beratungstreffen der Außenminister in San José, Costa Rica, als man dazu aufforderte, die Insel zu verurteilen, damit die US-Regierung ein politisches und diplomatisches Umfeld schaffen konnte, um unser Land zu isolieren. Auf diese Weise wollten sie die Pläne der militärischen Aggression verschleiern, die die CIA gemäß dem verdeckten Aktionsprogramm gegen das Castro Regime, das in der am 17. März 1960 verabschiedeten geheimen Direktive enthalten war, vorbereitete.

Wie sollte man sich in diesen Tagen in denen Washington das gleiche Szenario aufbaut, dieses Mal von einer brutalen Medienkampagne gegen lateinamerikanische Länder wie Venezuela und Nicaragua begleitet, nicht an die Haltung Kubas auf besagtem Treffen der OAS in Costa Rica erinnern, wie sie in der Stimme des damaligen Außenministers Raúl Roa García zum Ausdruck kam. Wie könnte man den Ausruf eines ganzens Volkes „con OEA y sin OEA ganaremos la pelea“ vergessen. (mit OAS und ohne OAS gewinnen wir den Kampf)

Zu der Entscheidung der OAS, Kuba zu isolieren sagte der Comandante en Jefe Fidel Castro, dass das Treffen von Costa Rica eine Lektion für die Völker Amerikas gewesen sei, die niemals den Verrat derer verzeihen würden, die dem Imperium die Rechte der kubanischen Nation auf einem Silbertablett überreichten.

Es gibt genügend Beispiele, die einmal beweisen, dass die OAS nichts weiter ist als ein imperiales Instrument, das gegen die Völker der Region agiert und zum anderen, um einen Verräter wie Luis Almagro zu demaskieren, der

sich in den flammendsten Feind Lateinamerikas verwandelt hat und gleichzeitig zum unterwürfigsten Diener der US-Regierungen wurde.

Die letzte dieser Kampagne der verrufensten aller Institutionen bestand in der interventionistischen Arbeit gegen zwei demokratisch gewählte Regierungen der Region: die Venezuelas und die Nicaraguas.

Was die boliviarische Nation angeht, so haben sie alle Prognosen übertroffen, sie haben respektlose und unflätige Resolutionen erlassen, einen Medienkrieg angeführt, um das Land zu destabilisieren und ein wahrhaftiges Chaos in der Region zu schaffen.

Und zuletzt, als er bereits völlig entblößt war, tweetete Herr Luis Almagro: „Wir begrüßen die Amtsübernahme von Guaidó als Übergangspräsident von Venezuela entsprechend Artikel 233 der Politischen Verfassung. Er hat unsere Unterstützung, die der internationalen Gemeinschaft und die des venezolanischen Volkes“.

Dabei handelt es sich um die erste Reaktion der OAS und ihres Generalsekretärs zu den Erklärungen von Juan Guaidós, dem Vorsitzenden der Nationalversammlung Venezuelas, die wegen Missachtung der Verfassung außer Funktion ist, die Präsidentschaft des boliviarischen Landes anzutreten, nachdem er den legitimen Amtsinhaber Nicolás Maduro als „Usurpator“ bezeichnet hatte.

GEGEN NICARAGUA

Auch gegen einen anderen souveränen Staat der Region wendete die OAS die Demokra-

tische Charta an, die zur Suspendierung des mittelamerikanischen Landes führen könne, wie EFE meldet.

Die Rede von Luis Almagro beim letzten Treffen der OAS machte deutlich, dass genauso, wie sie dies vor 60 Jahren gegen Kuba gemacht hatten, sie jetzt eine interventionistische Farce fabrizieren, wie jene „in der Demokratie darf es keine Repression geben, keine Menschenrechtsverletzungen an Oppositionellen, Studenten, Politikern, Bauern, Zivilisten und Minderjährigen“.

Interessant daran ist, dass sich dort in dieser OAS, die längst jegliche Glaubwürdigkeit verspielt hat, Länder wie Chile, Argentinien, Brasilien, Kolumbien und andere befinden, in denen es täglich zu Szenen kommt, in denen Repression gegen Studenten, Arbeiter, Lehrer, Indigene ausgeübt wird und wo Hunderte von sozialen Führern ermordet worden sind. All dies geschieht im Namen einer Demokratie, wie sie der Judas Luis Almagro verteidigt.

Unsere Völker, die manchmal wegen dem aktuellen von Washington fabrizierten und der OAS sekundierten reaktionären Ansturm verwirrt sind, werden in der Lage sein, die Verräter zu demaskieren, die heute gegen Venezuela und Nicaragua stimmen, genauso wie sie dies gegen Kuba getan haben und da bin ich mir sicher, auch in Zukunft tun werden, und zwar immer dann, wenn wir nicht rechtzeitig handeln und nicht vereint auftreten. Wenn wir dies tun, disqualifizieren wir die OAS, Luis Almagro und die selbsternannte Lima Gruppe.

Vorankündigung Film:

„Wo der Himmel aufgeht“

Esther Bejerano und die Micophon Mafia in Kuba

Der Film erzählt in einfühlsamen Bildern von einer Begegnung in Freundschaft. Mitreißende Konzertausschnitte machen die Begeisterung spürbar, die das kubanische Publikum einer einzigartigen Frau entgegenbringt, und ihrem Traum von einer Welt, deren Himmel für alle, die unter ihm leben, gleichermaßen aufgeht.

Freitag, 8. Februar, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Zum Internationalen Frauentag 2018:

► Friede! Brot! Freiheit! –

Minna Faßhauer geb. *1875 – 1949

- 1918 erste Ministerin in Deutschland
- Volkskommissarin für Volksbildung
- Widerstandskämpferin

Heide Janicki aus Braunschweig stellt den Lebensweg und das politische Handeln von Minna Faßhauer vor. Sie hat sich im Arbeitskreis „Minna“ intensiv mit Minna Faßhauer auseinandergesetzt und mit Beharrlichkeit daran gearbeitet, dass Minna Faßhauer in Braunschweig ein frauenORT gewidmet wurde. Minna Faßhauer ist die erste Arbeiterin, die damit ausgezeichnet wurde!

„Lebte Minna Faßhauer heute, sie würde mit uns dafür kämpfen, dass alle Menschen ein kulturvolles Leben in Würde führen können, ein Leben, in dem kein Kind mehr verhungern muss. Denn die Werte, die sie schaffen, kommen den Menschen auch wieder zu-

gute und werden nicht mehr für Rüstung und anderes verschwendet. Minnas Ziel war eine Gesellschaft, die weder Rassismus noch andere Diskriminierungen kennt, in der die Gleichheit Aller oberstes Prinzip ist und in der die Menschen ihre Kräfte dafür einsetzen, sich und ihren Kindern eine Welt zu bereiten, in der die

Mitgliederversammlungen im Februar

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 05. Februar, 20:00 Uhr

**November-Revolution
in Braunschweig**
(Referent angefragt)

MV Dienstag, 19. Februar, 20:00 Uhr

**Friedensfragen II
Erstellung einer Broschüre zum
Thema**

(Hierzu erfolgt noch eine Rundmail mit dem Entwurf)

Ressourcen geschont werden und die ihnen Sicherheit bietet. Eine solidarische Welt.“

Heide Janicki

Eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

am 01. März 2019 um 19:00 Uhr
im Roten Zentrum,
Lange Geismarstr. 3



Dann folgt mich man!

Mit diesen Worten soll die Ministerin Minna Faßhauer den Landtag aufgefordert haben, ihre Bildungspolitik zu unterstützen

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Die SPD im Ortsrat Grone und der Bauausschuss haben bereits beschlossen – der Rat der Stadt wird dies am 15. Februar mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen - wohl gutheißen

► Was hat der Widerstand in Grone gebracht?

Die Frage, was es denn nun gebracht hat, sich den Plänen der ADLER AG, die sie ja schon im Juni 2017 (!) zum ersten Mal im Ortsrat Grone vorgestellt hatte, zu widersetzen, wird nun allenthalben diskutiert? Kann man wirklich nichts gegen „die da oben“ machen?

Erst einmal müssen wir klären, wer „die da oben“ eigentlich sind: In diesem Fall ist es vor allem die SPD, die den B-Plan im Ortsrat durchgewunken hat. Und dann haben SPD, CDU, FDP und Grüne im Bauausschuss ebenfalls für den B-Plan gestimmt. „DIE DA OBEN“ sind in diesem Fall tatsächlich bei den vier Parteien zu finden – und wer die nicht haben will, sollte sich bei der nächsten Wahl anders entscheiden!

Aber: Was hat's denn nun gebracht?

Zuallererst hat der Widerstand eine Verzögerung und einen Aufschub der Modernisierungskosten gebracht: Die ARE hatte schon im November 2018 beklagt, dass aus den prognostizierten 5 Monaten nun 12 Monate ohne Abschluss des Verfahrens geworden seien. Da es sicherlich noch bis mindestens März dauern wird sind das dann 10 Monate, in denen keine höheren Mieten gefordert werden konnten. (Für eine 50 qm große Wohnung ergibt dies 50 x 2,59 Euro = 129,50 Euro mal 10 Monate = 1.295 Euro Ersparnis! Diese Beträge werden nicht nur die MieterInnen nicht zahlen müssen, sondern auch die Stadt Göttingen für die Wohnungen mit MieterInnen im TL-Bezug.

Dann: Durch die Verzögerung kommen die MieterInnen in „den Genuss“, des Mietrechtsänderungsgesetzes vom 12. November 2018 wonach die Investoren, also auch die ARE, statt 11%

„nur noch“ 8%. Auf die Mieten umlegen können. Und für Mieten bis 7 Euro/qm ist ab dem 1. Januar die Mieterhöhung mit 2 Euro/qm gedeckelt. Das ist eine Senkung der Mietsteigerung um 71 Ct/qm = 35,50 Euro monatlich - dauerhaft.

Und: Wir sind schlauer geworden. Wir wissen heute, dass die Kosten der geplanten Maßnahme der ARE detailliert aufgeschlüsselt werden müssen und wir rüsten uns (und die MieterInnen), um diese Aufschlüsselung lesen und ggf. dagegen Einspruch erheben zu können.

Weiterhin. Es gibt heute eine Mieterinitiative. Die MieterInnen haben Gelegenheit, sich zu informieren und selbst für ihre Rechte aktiv zu werden. Dies alles ist stadtweit bekannt geworden (s. diverse Artikel in GT, HNA und Beiträge von Stadtradio und NDR sowie die vielen Flugblätter für Grone).

Aber auch: Auf SPD und Grüne ist kein Verlass!

Auch Enttäuschungen können stärken, wenn man daraus lernt, die eigene Politik und die eigenen Erwartungen besser auf die bestehenden (und sich verändernden) Realitäten abzustimmen. So haben wir erfahren, dass wir auf die SPD und Grüne in Grone und Stadt nicht zählen können, wenn es um Widerstand gegen Konzerne/Kapital geht. Das heißt nicht, dass wir nicht auch künftig versuchen müssen, einzelne Personen – oder auch Fraktionen - aus diesen Parteien anzusprechen.

Sowie: Das sog. Handlungskonzept und das „Göttinger Bündnis“ sind Papiertiger:

Laut einer Broschüre der ARE konnte die Durchschnittsmiete in Grone bereits 2017 auf 5,81Euro/qm erhöht werden. Mit 2 Euro/qm mehr (gedeckelte Erhöhung) werden dann durchschnittlich 7,81 Euro/qm erreicht.

Damit wird die im Handlungskonzept definierte Miethöhe für bezahlbaren Wohnraum weit überschritten. Lediglich für 80 (!) Wohnungen - von 1098 (51 zu 5,60 Euro/qm und 29 zu 7 Euro/qm), also für 7,3% der Wohnungen - ist ein Verbleib im bezahlbaren Bereich garantiert.

Dies hätten sich auch die genannten Fraktionen in Grone und im Stadtrat vergegenwärtigen können! Sie haben trotzdem den B-Plänen zugestimmt und damit gegen Handlungskonzept und Intention des Göttinger Bündnisses gehandelt und damit massenhaft bezahlbaren Wohnraum verteuert.

Was aktuell tun?

Nun geht's leider in das „Kleingedruckte“:

- Können „Einwände“ gegen den B-Plan noch helfen?
- Können die MieterInnen individuell widersprechen?

Zum zweiten Punkt wird der Verein IN Grone zusammen mit der MieterInneninitiative sowohl eine Checkliste für alle MieterInnen erarbeiten, anhand derer ein möglicher Widerspruch zu den Sanierungsmaßnahmen geprüft werden kann, als auch - in Zusammenarbeit mit weiteren Initiativen – Mieterberatungen im Stadtteil anbieten.

Und noch eine Erkenntnis: Der von der ADLER AG vorgelegte, ach so großzügige, Sozialplan ist keineswegs ein Entgegenkommen oder gar ein „Geschenk“, sondern im Baugesetz vorgeschrieben und beinhaltet keinen einzigen Punkt, der darüber hinausgeht. Diese Erkenntnis ist wichtig: Von denen da „ganz oben“, also vom Kapital, ist überhaupt nichts zu erwarten!

Auch diese Erkenntnis, die über die Grobiane hinaus auch bei anderen dämmert, ist ja etwas wert! (gs)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

am Mittwoch, 27. Februar 2019, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe,
Lange Geismar Straße 3, GÖ

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung
3. Rechenschaftsbericht des KSR
4. Finanzbericht
5. Finanzplan 2019
6. Entlastung des Kreisschatzmeisters
7. Entlastung des KSR
8. Wahl des Kreissprecher*innenrates
 - 8.1. Bestätigung und Bericht der Mandatsprüfungskommission
 - 8.2. Festlegung der Größe des KSR
 - 8.3. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
 - 8.4. Wahl der/des Kreisschatzmeisters/-meisterin
 - 8.5. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
 - 8.6. Wahl der gemischten Liste
9. Wahl zweier Kassenprüfer*innen
10. Wahl einer/eines Bildungsbeauftragten
11. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesausschuss
12. Ausblick Landesparteitag
13. Berichte und Verschiedenes

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Februar, 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3,
Göttingen

Schwerpunktthema: Antifaschistische Politik

Referent*innen: N.N. (AG Antifa) und Peter Strathmann (Kommunistische Plattform)

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Februar, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Bettina Weigert (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Dienstag, 12. Februar, 17. Uhr in Dabis Kaffeestube, Rote Str. 39,
Göttingen.

Tagesordnung: u.a. Wahl der Verantwortlichen.

KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: info@solid-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 13 – Dezember 2018

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 tel 05 51-525 108
 fax 05 51-525 803
 dielinke@landkreisgoettingen.de
 www.dielinke-goettingen.de

EDITORIAL

In der letzten Sitzung des Jahres steht üblicherweise die Verabschiedung des Haushaltes im Mittelpunkt. Diesmal geriet diese Debatte jedoch ziemlich an den Rand, denn nach der geplatzten Fusion der Sparkassen im Landkreis wollte der Landrat es sich nicht nehmen lassen, diese Scharte verbal auszuwetzen. Zudem wurden wieder neue Anträge unserer Gruppe eingebracht, die im kommenden Jahr in den Fachausschüssen beraten werden.

TOP 7 – Zusammenlegung der Sparkassen

Die Debatte wurde vom Landrat damit eröffnet, dass er die – bereits gescheiterte – Vorlage zurückzog. Erledigt war die Angelegenheit damit aber noch nicht, zumal noch ein (Änderungs-) Antrag unserer Gruppe vorlag. Unsere Vorschläge, die im Landkreis bestehenden Sparkassen künftig stärker kooperieren zu lassen, wurde von Hans-Georg Schwedhelm erläutert, hatte in der Abstimmung jedoch keine Chance.

In der substanziell überflüssigen Debatte zur ursprünglichen Vorlage kochten jedoch die Emotionen. Gescheitert war der Plan letztlich an der ablehnenden Haltung des Duderstädter Rates. Der Landrat zeigt sich sichtlich frustriert, die „Verantwortung“ sei damit auf die ablehnenden Städte übergegangen.

Die Kritik am Landrat, die auch aus den eigenen Reihen geübt wurde, entzündete sich unter anderem im mutmaßlich geschäftsschädigenden Herbeireden einer angebliche „Schieflage“, die von Abgeordneten aus den jeweiligen Kommunen zurückgewiesen wurde.

Nach einer Debatte, deren Länge fast schon der einer kürzeren Kreistagssitzung entsprach, gab es dann keinen Beschluss, irgendetwas zu ändern. Zurück bleibt beim Landrat und seiner Gruppe der Ärger über das eigene Scheitern.

TOP 8 - Schulentwicklungsplan

Der neue Schulentwicklungsplan wurde von der Verwaltungsgruppe und der CDU hoch gelobt, obgleich man ihn auch als Schulstillstandsplan bezeichnen könnte. Der große Konsens über die Beibehaltung des Bestehenden gab offenbar genug Anlass für allgemeine Zufriedenheit.

Gerade das eiserne Festhalten am gegliederten Schulsystem, welches der CDU-Redner Haepe als „bunte Vielfalt“ lobte, wurde von unserem Abgeordneten Eckhard Fascher eher als trübe Einfalt wahrgenommen. Seiner Einschätzung nach sei in dem Plan nichts Innovatives zu erkennen, es werde nur festgeschrieben, was seit Jahren praktiziert werde. Jegliche Veränderungen außerhalb Göttingens wie neue Integrierte Gesamtschulen werden verhindert. Unser entsprechender Änderungsantrag wurde dann erwartungsgemäß niedergestimmt., der Schulentwicklungsplan dann gegen unsere Stimmen verabschiedet.

TOP 21 – Haushalt 2019

Das Eigenlob der Verwaltungsgruppe kam diesmal vom Kreistagsvorsitzenden Grahovac (SPD), dessen Rede fast ausschließlich eine Aufzählung all dessen war, was der Landkreis an guten Projekten unterstütze. Nicht aufgezählt wurden die bescheidenen Änderungswünsche unserer Gruppe, wozu wir zahlreiche Anträge gestellt hatten, da unzweifelhaft ausreichende Gelder vorhanden gewesen wären, etwa durch die Überschussrücklage aus den Vorjahren in Höhe von 16 Mio. Euro.

Von der CDU kam, wie es bei ihr im Falle der Oppositionsrolle üblich ist, der Antrag, die Kreisumlage zu senken. Als Gegenentwurf dazu kam von unserer Gruppe der Antrag, stattdessen ein Investitionsprogramm aufzulegen – ein Vorschlag, der 2015 auch schon umgesetzt worden war. Natürlich wurde das Ansinnen abgelehnt.

Weiterhin einsetzen werden wir uns dafür, die verschiedenen „Beauftragten“ des Landkreises gleichzustellen. So arbeitet der Behindertenbeauftragte des Landkreises derzeit nahezu Vollzeit gegen eine Mini-Aufwandsentschädigung. Dies hätten wir gerne geändert. Zum Personalplan gab es diesmal kein Einvernehmen mit dem Personalrat. Dessen Bedenken griffen wir auf, ausgerechnet im Amt für Personal und Organisation fehlt es an Personal.

TOP 31 – „Allianz für den sozialen Wohnungsbau“

Grundsätzlich positiv bewertet wurde von uns ein Antrag der Verwaltungsgruppe, ein Wohnraumversorgungskonzept für barrierearmes und barrierefreies Wohnen sowie den sozialen Wohnungsbau zu bilden. Unklar bleibt aber, wer hierbei die Akteure sein sollen. Positiv auch, dass das Wohnen in stadtfernen Gebieten durch verbesserten ÖPNV gefördert werden soll.

TOP 33 – Schaffung eines Gedenkweges Helmetalbahn

Von Osterhagen (heute Stadtteil Bad Lauterberg) und Nordhausen wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs unter Einsatz von Zwangsarbeitern eine Bahnstrecke errichtet, die allerdings nach Kriegsende wieder abgebaut wurde und heute kaum mehr erkennbar ist. An die Opfer dieses Projektes wird bisher so gut wie gar nicht erinnert. Hans-Georg Schwedhelm brachte unseren Antrag ein, in dem vorgeschlagen wird, bis zur thüringischen Landesgrenze einen Gedenkweg zu errichten.

TOP 34 – Kreiswohnbau stärken

Durch die Kreisfusion verfügt der Landkreis nun auch über eine eigene Wohnbaugesellschaft, die vom Altkreis Osterode übernommen wurde. Diese ist auch schon im Göttinger Umland mit neuen Bauvorhaben aktiv geworden. Um eine Ausweitung dieser Maßnahmen zu erreichen, wurde von uns ein Prüfauftrag eingebracht, um insbesondere eine Erhöhung des Eigenkapitals der Gesellschaft und die Bereitstellung kreiseigener Liegenschaften für den Wohnungsbau auszuloten.

TOP 35 – Anfragen – Auswirkungen von Sanktionen bei SGB II-Leistungsempfänger*innen

Der Landrat berichtete hier von einer im Landkreis unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Sanktionsquote. Neben einigen durchaus kritischen Anmerkungen zu Sanktionen im Allgemeinen konnten statistische Angaben zu den Kosten nicht gemacht werden.



► Kreismitgliederversammlung: Vorbereitung des LPT und Delegiertenwahl

Am 9. Januar hat eine von rund zwanzig Genossinnen und Genossen besuchte Kreismitgliederversammlung stattgefunden, in deren Mittelpunkt die Vorbereitung auf den nächsten Landesparteitag am 2. und 3. März sowie die Wahl der Delegierten stand.

Zu Beginn der Sitzung hatte Konrad Kelm darüber informiert, dass das Land Niedersachsen den Modellversuch zum anonymisierten Krankenschein für (nicht-registrierte) Flüchtlinge einstellt und zu einer Spendensammlung aufgerufen. In Stadtrat und Kreistag waren hierzu von Seiten der Linken Anträge gestellt wor-

den. Der Landkreis hat immerhin einen kleinen Zuschuss gegeben.

Die Versammlung wählte dann zehn Parteitage-Delegierte und fünf Ersatzdelegierte.

- Weibliche Delegierte sind Britta Schmerling, Janine Rutkowski, Katja Sonntag, Kristina Schulz und Teresa Cruz Avelanada
- Männliche Delegierte sind Edgar Schu, Hanjo Rose, Jo Bons, Manfred Engelbert und Timo Rose
- Ersatzdelegierte sind Marina Timofeeva, Marius Fedry, Andreas Mose, Eckhard Fascher und Konrad Kelm.

Thema der nächsten Sitzung des Landesparteitags ist vor allem die Neuwahl des Landesvorstands. Bei der Diskussion zur Delegiertenwahl war bemängelt worden, dass Göttingen/Osterode als zweitgrößter Kreisverband weder auf der Bundestagsliste noch der Landtagsliste wie auch die übrigen südniedersächsischen Kreisverbände nicht vertreten war und generell unser Einfluss auf Landesebene sehr gering ist. So wurde als Göttinger Kandidat mit großer Mehrheit das KSR-Mitglied und der Göttinger Ratsherr Edgar Schu nominiert.

Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit wurde ein von Manfred Engelbert vorbereiteter Änderungsantrag für den Europaparteitag am 23./24. Februar zum Europawahlprogramm beschlossen, der vor allem die Frontstellung der westlichen Staaten gegen Russland und die daraus resultierende Kriegsgefahr aufgreift und „ein ausgleichendes Europa“ fordert, „das Konflikte moderiert und nicht anheizt.“

► Gelbwesten-Proteste in Frankreich – Was haben sie mit uns zu tun?

Die sozialen Proteste in Frankreich finden inzwischen am zehnten Wochenende in Folge statt. Sie begannen Mitte November des letzten Jahres. Ursprünglich wandten sie sich nur dagegen, dass die Regierung Steuern auf Benzin und Diesel erhöhen wollte. Dann ging es den Protestierenden um deutlich mehr. Als Reaktion darauf kündigte Macron an, den gesetzlichen Mindestlohn sehr deutlich anzuheben, um „rund 100 Euro pro Monat“, wie es in den Medien hieß. Dadurch ließen sich die Proteste nicht einlullen. Tatsächlich wurde der Mindestlohn zu diesem Jahreswechsel übrigens auch nur von 1.498 auf 1.521 (also um knapp 23 Euro) angehoben.

Aber worum geht es in Frankreich im Kern? Wer in Deutschland hat überhaupt bewusst wahrgenommen, dass fünf Monate nach Macrons Amtsübernahme im Oktober 2017 die Vermögenssteuer in Frankreich faktisch abgeschafft worden ist? Sie gilt nur noch für Immobilien. Weitere Maßnahmen: Senkung der Kapitalertragssteuer, Senkung der Quellensteuer auf Divi-

denden von 30 auf 12,8 Prozent. Die Zeit berichtete schon im Juli 2017, dass Macron es den „Armen nehmen“ und den „Reichen geben“ wolle, „härtere Regeln beim Arbeitslosengeld, weniger Steuern für Reiche“. Macron schaffte das Gewerkschaftsrecht und ermöglichte Betriebsvereinbarungen, wo vorher noch Tarife unumgänglich waren, wandelte die SNCF, die französische Bahngesellschaft, in eine Aktiengesellschaft um. Was Schröders Agenda 2010 war, ist nun Macrons „Transformation“.

Die Ereignisse in Frankreich haben sehr viel mit uns zu tun. Wenn in Deutschland die Massenproteste, die Montagsdemonstrationen des Herbst 2004 gegen Hartz IV und Agenda 2010 nicht im Sande verlaufen wären, dann wäre Frankreich wahrscheinlich nicht so sehr unter Druck geraten durch die Exportwalze Deutschland mit dem „besten Niedriglohnssektor Europas“, wie Schröder in seiner Rede in Davos 2005 stolz verkündete.

Wir tragen einen großen Teil der Verantwortung für das, was in Frankreich ge-

schieht und die weiteren Entwicklungen bei uns werden durch den Verlauf der Proteste in Frankreich stark beeinflusst werden. Wenn die Proteste weiter stark sind und sie tatsächlich Macrons „Transformation“ stoppen und in wichtigen Punkten zurückdrehen können, dann wird dies auch ermutigend auf die gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfe in Deutschland wirken. Um sich positiv im Gespräch zu halten, wurde nun aus unterschiedlichen Ebenen der SPD mitgeteilt, dass man eigentlich einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro fordern müsse. Dies meinte nicht nur Olaf Scholz, sondern auch Nahles als SPD-Vorsitzende und Reiner Hoffmann als Vorsitzender des DGB. Natürlich sind diese Verlautbarungen vollkommen unverbindlich: Fast gleichzeitig schrieb die Mindestlohnkommission unter maßgeblicher Beteiligung des DGB für das Jahr 2019 einen gesetzlichen Mindestlohn von 9,19 und für 2020 von 9,35 Euro fest. Es ist kein Wunder, dass in deutschen Medien Stimmung gegen die Gelbwesten-Proteste gemacht wird. Aber ebenso sollte es der LINKEN klar sein, dass sie auf die Nebelkerzen, in Frankreich seien „auch Rechte“ auf der Straße, nicht hereinfallen sollte. Diese Proteste brauchen und verdienen jegliche Solidarität von LINKS.

Edgar Schu

Presseerklärungen des Parteivorstandes:

▶ Hartz IV gehört aus Sozialgesetzbuch getilgt

Am 19. Dezember 2003, also vor 15 Jahren, stimmten auch die Bundesländer im Bundesrat dem Hartz IV-Gesetz zu. Es war eins von vier Gesetzen für „moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, die die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer

auf den Weg brachte. Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erklärt dazu:

Armut, Hungerlöhne und Stigmatisierung sind der rot-grüne „Hartz IV-Reformerfolg“. Diesen fragwürdigen „Erfolg“ der angeblichen Modernisierung doku-

mentiert der jüngste Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands: Die Armutsquote in Deutschland stieg innerhalb von zehn Jahren von 13,9 auf 16,8 Prozent. Zwei Drittel aller Erwerbslosen und knapp jede/r zehnte Erwerbstätige sind arm.

Wir LINKEN kämpften von Anfang an dagegen. Heute, 15 Jahre später, bin ich mehr denn je überzeugt: Hartz IV bedeutet für viele Armut, Stigmatisierung und Gängelei. Es ist an der Zeit, die große sozialpolitische Sünde Hartz IV aus den Sozialgesetzbüchern zu tilgen und stattdessen alle Menschen garantiert vor Armut zu schützen: durch gute Arbeit, ein längeres Arbeitslosengeld und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von mindestens 1050 Euro.

16.01.2019 Johanna Scheringer-Wright

▶ Zur Internationalen Grünen Woche

„Agrarwende jetzt - Druck machen auf der Straße und bei EU-Wahlen!“, fordert Dr. Johanna Scheringer-Wright, Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und Mitglied des Thüringer Landtages anlässlich des Beginns der Internationalen Grünen Woche in Berlin im Superwahljahr 2019.

„Dieses Jahr wird entschieden, was für eine Agrarpolitik in der Europäischen Union in den nächsten fünf Jahren umgesetzt wird. Die Verhandlungen der Agrarminister, der EU-Kommission und der Interessenverbände laufen auf Hochtouren. Zusätzlich finden im Mai die Wahlen für das Europäische Parlament statt. Deshalb ist es jetzt notwendig, Druck zu machen für eine soziale, ökologische und tiergerechte Agrarwende“ fordert Johanna Scheringer-Wright.

Scheringer-Wright weiter: „Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU steuert in die falsche Richtung. Anstelle auf gesunde Nahrungsmittel für alle, Vielfalt, Umweltverträglichkeit und Sicherung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu setzen, wird eine Subventionspolitik forciert, die zu einer zunehmenden Konzentration in der Landwirtschaft führt, mit immer höheren Erträgen, industrieller Tierhaltung, Schäden der Umwelt, Ausbeutung und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Diese Orientierung in der Landwirtschaft führt immer wieder zu Überproduktion. Um der

Überproduktion Herr zu werden, werden die Produkte dann durch wiederum subventionierte Exporte in Schwellen- und sogenannte Entwicklungsländer abgesetzt. Hand in Hand mit diesen Exporten geht jedoch der Import von Futtermitteln in die industrialisierten Länder. Dieser ausbeuterische Zweiklang verdrängt Bauern und raubt ihnen die Existenzgrundlage. Damit ist Überproduktion auf der einen Seite bei gleichzeitigem Hunger, Unterernährung und Armut auf der anderen Seite programmiert. Gewinner dieser Entwicklung sind die Konzerne der Branche. Verlierer sind Milliarden von Menschen weltweit, das Klima und die Umwelt.

Gerade das letzte Jahr hat gezeigt - der Klimawandel ist in vollem Gange. Auch die Landwirtschaft trägt in Deutschland mit 5% zur Erderhitzung bei. Dabei könnte gerade die Landwirtschaft Klimaschützer sein. Bei all diesen Problemen laviert Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner. Trotz der Ankündigungen, z.B. eine Ackerbaustrategie erarbeiten zu lassen oder ein staatliches Tierwohlabel einzuführen, kommt bisher nichts. Die Industrie gibt sich dann selbst Label, die aber eher Marketingstrategien sind, als dass sie grundlegend bessere Bedingungen in der Tierhaltung schaffen würden. Auf EU-Ebene sieht es nicht besser aus. Die Agrarwende ist aber überlebenswichtig. Da geht es vornehmlich um eine Öko-

logisierung und Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und um eine Erhöhung der biologischen Vielfalt. Die Tiere, die uns Milch und Fleisch liefern, müssen tiergerecht gehalten werden und mit regional angebauten Futtermitteln gefüttert werden. Der Einsatz von Eiweiß- und Getreidekräftfuttermitteln kann gerade bei Wiederkäuern reduziert werden, denn diese können Gras und Grünpflanzen optimal verwerten. Deshalb könnten Wiesen und Weiden, die CO2 Senken sind, genutzt und damit geschützt werden. Zudem werden die klimaschädlichen Transporte vermieden und auch der Raubbau in Drittländern eingeschränkt, weil dort weniger Fläche für die Erzeugung von Eiweißfuttermitteln für die Industrienationen verbraucht wird. Des Weiteren müssen in den industrialisierten Ländern die Düngung und der chemische Pflanzenschutz reduziert werden. Wir brauchen nachhaltige Erträge, die die Ernährung sichern aber gleichzeitig das Klima und die Umwelt schützen. Dies ist letztlich nur möglich, wenn es eine Abkehr von der Exportorientierung der Land- und Ernährungswirtschaft gibt und einen Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumszwang.“

DIE LINKE unterstützt die Demonstration „Wir haben es satt - Essen ist politisch“, die am 21.01.2019 um 12.00 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin startet. Der Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft des Thüringer Landtages wird auf der Grünen Woche eine auswärtige Sitzung durchführen und eine öffentliche Anhörung mit Vertretern des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der EU-Kommission.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Rotes Tuch für die CDU in Göttingen

Wie auf ein rotes Tuch reagiert die CDU-Ratsfraktion immer wieder auf Vorgänge um das Juzi und die selbstverwalteten Studentenwohnungen in der Roten Straße

Als vom Studentenwerk und den studentischen Bewohner*innen der Häuser in der Roten Straße / Ecke Burgstrasse akzeptierter Begleiter der Gespräche kann ich nur meine Verwunderung über die Presseerklärung der CDU über einen möglichen Verkauf der Häuser zum Ausdruck bringen. Momentan und in der Vergangenheit drehen und drehten sich die Gespräche ausschließlich



um die dringend notwendige Sanierung der Gebäude. Darauf arbeiten alle hin. Hätte die Landesregierung ihre Ankündigung umgesetzt, endlich auch für die Renovierung von Studentenheimen Mittel im Haushalt zu veranschlagen, hätten Fragen einer zukünftigen Mietgestaltung z.B. deutlich einfacher gelöst werden können. Trotz noch zu regelnder Detailfragen gehen aber alle Beteiligten davon aus, dass mit den dringend notwendigen Sanierungsarbeiten im April d.J. begonnen werden kann.

Kurios wird die Argumentation der CDU-Ratsfraktion bei der Begründung ihrer spekulativen Äußerungen. Während sie bisher jeglichen Verkauf städtischer Immobilien an private Investoren vorbehaltlos zugestimmt hat, wittert sie bei einem möglichen Verkauf kleinere, weitgehend selbstverwalteter studentischer Wohnheime „Chaos auf den Göttinger Wohnungsmarkt“. Merkwürdig: Glaubt denn Herr Feuerstein, Studenten könnten sich die Häuser privat unter den Nagel reißen, um sie dann gewinnbringend an Meistbietende zu vermieten bzw. sie unter Spekulationsgewinnen zu veräußern. Ein bisschen Recherche und Informationseinholung täte Herrn Feuerstein schon gut. Voraussetzung für

den Verkauf des Wohnheims in der Goßlerstrasse durch das Studentenwerk an einen Nutzerverein war ein detaillierter Vertrag über die weitere Nutzung für studentisches Wohnen. Es ging also nicht ein Raum für Studenten*innen verloren. Es scheint allerdings so, dass allein die Nennung des von der CDU ungeliebten Objektes Rote Straße reflexartig zu unreflektierten, haltlosen Mutmaßungen veranlasst. Dass selbstverwaltete, genossenschaftlich organisierte

Projekte nicht in das Konzept der CDU gehören ist ja bekannt. Dass sie aber unhinterfragt auf „ungelegte Eier“ reagiert und ohne sich bisher auch nur

ansatzweise für die schwierigen Bedingungen der Sanierung der denkmalgeschützten Häuser in der Roten Straße zu interessieren, ist mehr als desavouierend. Ich stimme dem Geschäftsführer des Studentenwerks Herrn Magull voll zu: Ein Besuch von Herrn Feuerstein bei seinem Parteikollegen Wissenschaftsminister Björn Thümler wäre hilfreicher, als hier vor Ort Halbwahrheiten, Gerüchten und Verdrehungen das Wort zu reden. Dafür ist der Erhalt studentischen Wohnens in der Roten Straße viel zu wichtig.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Und jetzt das Beruhigende: Um mitzumachen müsst Ihr das nicht unbedingt alles im Detail wissen, das ist Aufgabe der Mandatsträger. Aber wichtig ist es zu wissen, dass wichtige Politikbereiche eben auf der lokalen Ebene umgesetzt.

(Gerd Nier)

Die Originalnachricht ist hier zu lesen:
<http://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/CDU-gegen-Wohnraum-Verkaufe-in-Goettingen>

Kommunalpolitischer Arbeitskreis im Februar:

**Mittwoch, 20.2., 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118
Wohnungspolitik in GÖ: Bauausschuss, Ortsrat Grone, ADLER AG –
Was macht die Göttinger Linke? Eine Bestandsaufnahme**

Es sollten alle Aktiven aus diesen Bereichen teilnehmen, um einen gemeinsamen Stand zu erarbeiten.

Vorausschau:

März: 20.3.: gleicher Ort, **Haushalt der Stadt Göttingen**

Mai: 8.5.: gleicher Ort, **ÖPNV in der Stad und im Landkreis**

Juni: 19.6.: gleicher Ort, **Schulentwicklungsplan**



Göttinger Linke im Rat beharrt weiterhin auf Ausschüttung

Die Göttinger Linke hat das erneut sehr gute Ergebnis der Sparkasse zur Kenntnis genommen und dankt den Beschäftigten für diese Leistung. „Neue Perspektiven“ lautete das Motto der diesjährigen Bilanzpressekonferenz des Vorstandsvorsitzenden Rainer Hald. Leider gilt dies nach wie vor nicht für den Umgang der Sparkasse Göttingen mit ihren Gewährsträgern Stadt und Landkreis Göttingen. Hier soll weiterhin kein Cent des erneut gestiegenen Bilanzgewinns an die kommunalen Kassen abgegeben werden. Auf die Frage, „wem gehört die Sparkasse eigentlich?“ gibt es auch dieses Jahr keine Antwort aus Vorstandskreisen. Auf den Sachverhalt, dass immer mehr Sparkassen auch in Niedersachsen erkennbare Gewinnanteile an ihre jeweiligen Kommunen und Gebietskörperschaften abführen wird mit keinem Wort eingegangen. In NRW schütten 70% der Sparkassen Gewinnanteile an ihre Kommunen ab. In Göttingen hingegen schmort ein Antrag der Göttinger Linken aus dem letzten Jahr weiterhin unerledigt im Finanzausschuss. Wenn der Vorstand der Sparkasse Göttingen glaubt, durch Totschweigen die Forderung der Göttinger Linken nach einer Gewinnabführung zu erledigen, dann unterliegt er einer Täuschung. Wir fordern erneut und nach wie vor, dass auch die Göttinger Sparkasse - wie viele andere Sparkassen in Deutschland - einen Teil ihres Gewinns im Interesse des Gemeinwohls an die kommunalen Kassen abführt. Der Verweis auf gelegentliches Sponsoring der Sparkasse für sportliche und soziale Aktivitäten genügt uns nicht. Hierüber gibt es weder eine öffentliche Diskussion noch werden die Vergabekriterien offengelegt. Das erinnert alles vielmehr an ein Verfahren nach Gutsherrenart.

Auch der ständige Verweis auf immer strengere Auflagen für Rücklagen zieht seit Längerem nicht mehr. In den letzten fünf Jahren hat die Sparkasse an die 70 Millionen Euro dem Eigenkapital, bzw. dem hinzuzurechnenden „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ zugeführt. Die entsprechenden Aufsichtsanforderungen werden daher nun schon seit Jahren übererfüllt, von Kapitalschwäche kann keinerlei Rede mehr sein. Nach Ansicht der Göttinger Linken hat die Öffentlichkeit Anrecht auf eine Erklärung des Sparkassenvorstandes und auch von den aus dem Rat entsandten Verwaltungsratsmitgliedern, warum die Sparkasse im Gegensatz zu den Stadtwerken oder der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft weiterhin keinen Beitrag zum Haushalt leistet.

Göttinger Linke ist empört über den Nonnenstieg-Deal

Wir müssen alles daransetzen, dass die EBR Projektentwicklungs-GmbH mit Herrn Rafie seine „Zukunftsideen für Göttingen“ für „die Stadt von morgen“ nicht ernsthaft umsetzen kann. Da brüstet er sich als Mitglied des Bündnisses für soziales Wohnen damit, dass er zwei Drittel einer erworbenen Fläche mit einem Verkaufsgewinn von fast drei Millionen Euro an einen nächsten Investor veräußert hat. Wir nennen das: Bodenspekulation. Als Sahnehäubchen auf dem Coup sieht er, dass er sich zudem freigekauft hat von der Verpflichtung, bei seinem eigenen Wohnbauprojekt auf der ihm verbliebenen Fläche die 30-Prozent-Quote für sozialen Wohnungsbau umgehen zu können. Seine neuen Wohnungen sollen einen Quadratmeterpreis von weit mehr als 12 Euro Kaltmiete erzielen oder als Eigentumswohnungen verkauft werden. Er fühlt sich in seiner Rolle als Ein Brillianter Rechner (EBR). Aus unserer Sicht ist er aber ein Eher Brutal Rücksichtsloser (EBR). Nicht nur, dass er über Jahre das leerstehende Gebäude des ehemaligen IWF für einen Millionenbetrag an die Stadt zur Nutzung als Flüchtlingswohnheim vermietet hat und das Bauprojekt „Kolosseum an Groner Tor“ als Pendant zu Groner 9a kreiert und verwirklicht hat. Anscheinend sieht er mittlerweile die ganze Stadt als Imperium zur Verwirklichung seiner „Zukunftsideen“. Bedrückend und empörend ist bei alledem, dass die Stadt anscheinend in allen Fällen willfährig mitgemacht hat. Den Bürger*innen und dem Rat will sie ein mindestens sechs Millionen Projekt zur zeitlich begrenzten Aufstellung von Modulen auf dem Schützenanger als alternativlos darstellen. Gleichzeitig hätte sie durch Ausübung des Vorkaufsrechts für acht Millionen Euro das 22.000 qm große IWF-Areal mit einem intakten Gebäude zur Unterbringung geflohener Menschen kaufen können. Aber der Stadt genügt das Versprechen des neuen Besitzers, der Wertgrund AG, den Verpflichtungen des städtebaulichen Vertrags nachzukommen. Welche Großzügigkeit - beruht doch der Quotenbeschluss zum Bau bezahlbarer Wohnungen auf einem verbindlichen Ratsbeschluss. Was wir mittlerweile in Göttingen erleben, kann die Göttinger Linke nicht mehr anders als rein Investoren-gesteuerte Baupolitik nennen. Rat und Verwaltung bilden nur noch die Staffage dafür.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► Care workers unite!

Wie weiter nach dem SuE-Streik?

Im Frühjahr 2015 fand der bis dato größte bundesweite Streik der Mitarbeiter*innen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) statt. Aufgerufen wurden die Kolleg*innen durch die Gewerkschaft ver.di und beschlossen wurde der Streik durch das Ergebnis einer Urabstimmung durch die Mitglieder.

In der Bevölkerung – mit Hilfe der Medien bekannt geworden und als Kita-Streik bezeichnet – ging es um eine Aufwertung der Arbeit der Angestellten in diesen Fachbereichen.

Gekämpft wurde für eine höhere Eingruppierung in der Entgelttabelle, damit die Fachkräfte endlich annähernd so gut bezahlt werden wie vergleichbar anspruchsvolle Lehrberufe oder Studienabschlüsse in Sozialen Dienstleistungsbereich. 10 % mehr Lohn sollte es mindestens sein. Das gesamte Beschäftigungsfeld ist zu 90 % in der Hand von Frauen!

Unberechtigter Weise lag der Fokus der Öffentlichkeit hauptsächlich auf den Streikenden in den Kindertagesstätten. Streikende Kolleg*innen im Sozialdienst wie z.B. Kolleg*innen in der Jugendgerichtshilfe, wurden in der Berichterstattung weitgehend ausgeblendet.

Es durften sich nur Kolleg*innen beteiligen, deren Arbeitgeber*innen Mitglied im Arbeitgeberverband waren. Durch den immanenten Fachkräftemangel, wegen des Ausbaus der Kitaplätze und der Betreuungszeiten sowie durch höhere Steuereinnahmen waren die Voraussetzungen für einen Erfolg eigentlich gut.

Jedoch zeigte sich die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auch nach vierwöchigem Streik hart in der Sache und wollten nur eine Erhöhung der Löhne zustimmen, verweigerte sich jedoch einer tatsächlichen Aufwertung dieser Berufsgruppe.

Die anfängliche Streikunterstützung durch Eltern und Klient*innen verkehrte sich im Laufe der Streikwochen zu einem gewissen Teil in Unverständnis und Ärger.

Aufgrund der Finanzierungssystematik im SuE kann aber nur ein indirekter Schaden verursacht werden. Die Kommunen sparen sogar noch Geld während eines Erzwingungsstreikes.

Die Sommerferien nahten, die Gewerkschaftsspitze wollte den Streik beenden und viele Kolleg*innen konnten sich aufgrund Ihrer inneren Verpflichtungen gegenüber ihrer Klient*innen nicht vorstellen, den Streik nach den Ferien fort zu führen.

Jedoch wollten viele Kolleg*innen aufgrund des schlechten Angebotes des Arbeitgeberverbandes trotzdem weiterkämpfen. Bei Streikversammlungen wurde deutlich, dass sich viele Kolleg*innen von ver.di verlassen fühlten.

„Die geben vor, wann wir mit dem Streik beginnen sollen und bestimmen, wann wir wieder aufhören sollen!“ „Das Ergebnis können wir eigentlich nicht akzeptieren!“

Befragungen von Kolleg*innen vor allem in den Kitas durch Studierende der Uni-Göttingen ergaben, dass:

- die Forderungen teilweise an den Bedürfnissen der Beschäftigten vorbei gingen,
- Fragen gestellt wurden wie: „Was ist eigentlich eine Aufwertung unseres Berufes?“
- Forderungen aufgestellt wurden wie: „Wir brauchen dringend einen besseren Personalschlüssel und mehr Verfügungszeit!“

Mit einigen aktiven Kolleg*innen und der damaligen ver.di- Sekretärin verabredeten wir, an dem Thema dran zu bleiben und den Kampf nach einer gewissen Zeit wieder auf zu nehmen.

In Göttingen gründete sich während des Streikes ein CARE-BÜNDNIS, welches eine große gemeinsame Demo durchführte.

Es stellte sich die Frage: Wie können wir mit Kolleg*innen aus anderen Bereichen der Sorge-Arbeit, jenseits von Tarifgruppen gemeinsam in Bewegung kommen, um mehr zu erreichen?

Auch im Jahr 2019 ist diese Frage aktuell und soll ihr nachgegangen werden.

Deshalb hatten Aktive aus dem Care-Bündnis am 24.01. 19 zu einer Aussprache bei Verdi eingeladen (nach Redaktionsschluss).

Folgendes sollte diskutiert werden:



- Wie können Menschen, deren Berufung es ist, den Kleinen und Bedürftigen Trost und Ermutigung zu spenden, den Großen und Mächtigen so einheizen, dass es weh tut?
- Welche Bündnisse müssen Beschäftigte eingehen, damit die Anläufe einzelner Berufsgruppen nicht immer wieder ausgebremst werden?
- Wie muss sich „die Gewerkschaft“, ändern, damit sie unsere Interessenvertretung ist?

Die Gäste diskutierten mit Diana Henning (Gewerkschaftssekretärin), Peter Birke (SOFI Göttingen), Ruth Kiefer (Erzieherin im KEI-Kindergarten). Die Moderation übernahm das Bündnis Care-Workers- Unite).

Über das Ergebnis werden wir hier berichten.

Wie bereits oben beschrieben, sind 90% aller Mitarbeiter*innen in der Sorgearbeit Frauen! Ein Grund, dass möglichst viele Menschen an der **Frauendemo am 8. März** teilnehmen, welche schon auf Hochtouren vorbereitet wird!

(R.K.)

(...) Fortsetzung

„Warum Herr Harms irrt“ von Seite 1

Die Grünen sprechen hier also von einer anderen Bevölkerung als der von heute. Und Herr Harms spielt dann wohl doch mit falschen Karten!

Und noch so eine putzige Argumentation, die immer wieder auftaucht: Eine „Durchmischung“ des Stadtteils, ein Ende der „Ghettoisierung“ soll (mit höheren Mieten) erreicht werden – in Grone natürlich! Niemand spricht über die „Durchmischung“ der Oststadt, was ja auch mal ein lohnendes Thema wäre. Und die über die „Durchmischung“ und „Aufwertung“ von Grone reden, wohnen i.d.R. in der Bramwaldstraße oder im Altdorf. Ob die BewohnerInnen der ehemaligen Neue Heimat-Wohnungen eine „Aufwertung“ durch teurere Mieten wollen – danach wurden sie nicht gefragt.

(isug)